

den Weg, auf dem die Frauen sich diese Freiheit verschaffen können. Für die

individuelle Behandlung der Frauenprobleme

und aller Zeitfragen sollten die Genossinnen im Lande formwährende Anregungen an die Zentrale geben. Dann würde es bald unmöglich werden, daß die ganze Arbeit im Frauenbureau auf zwei schwachen Frauenkolumnen ruht, dann müßte auch in der Zentrale eine wirkungsvolle Arbeitsteilung erzwungen werden. Die Mitarbeit der Frau im Reich und in den Ländern ist trotz der formalen Gleichberechtigung gering, wie sich aus der Mandatszahl ergibt. Die Sozialdemokratische Partei als führende Partei im Reich der Gleichberechtigung sollte auch Frauen an den Spitzen der Wahlkreise haben. (Sehr gut.) Auf der andern Seite sollen die wählenden Frauen auch qualitativ alles mitbringen, was für die Ausbreitung des sozialdemokratischen Gedankens notwendig ist. Wir lehnen es ab, nur deshalb berücksichtigt zu werden, weil wir Frauen sind. (Sehr richtig!) Wir stehen selbst dafür ein, daß auch die Frauen nur nach Maßgabe der Qualität ausgewählt werden.

Die Frauen im Reichsparlament und in den einzelnen Landesparlamenten müssen in viel engerer dauernde Verbindung treten. (Sehr wahr!) Die Mitarbeit der Frauen in der Gemeinde muß ebenfalls durch Zusammenarbeit in größeren Vereinen befördert werden. Wir brauchen für die Frauen eine eigene kommunalpolitische Arbeit, wie die bürgerlichen Frauen sie schon haben. Die Mitarbeit in der Gemeinde bedeutet auch erhöhte Mitarbeit in der

Wohlfahrtspflege

Wir haben den Gedanken der sozialen Verpflichtung der Gemeinde zu präzisieren und den Begriff der Wohlfahrtspflege niederkämpfen. Die bürgerliche Frauenbewegung darf von uns nicht länger als bloße Vertretung eines Spezialinteresses, als Sport angesehen werden. Allein im Land Thüringen sind 888.000 Frauen organisiert, die über 26 namhafte Zeitschriften für alle Randgebiete und Sondergebiete verfügen.

Namentlich die Angehörigen des gelehrten Frauenberufs stehen noch ganz überwiegend im bürgerlichen Lager, obwohl sie vielfach wirtschaftlich zu uns gehören. Manche hilt Standesbündel und Klassenbarrieren, aber viele Lehrerinnen, Hausbeamte, Sozialbeamte, Kindergärtnerinnen, Segelstickerinnen lassen sich von den Sonderinteressen gebunden fühlen. Wir dürfen uns nicht von den Zeitverhältnissen überumpeln lassen, sondern müssen die Verhältnisse durch unsere Ideen und Taten ändern. Alles was aufsteigt, muß von uns erfaßt und verarbeitet werden. Die Sozialdemokratische Frauenbewegung muß wirklich führend werden, zuerst geistig und dann praktisch mit dem Willen zur Befreienden Tat. (Sehr, Beifall.)

Das zweite Referat über die politische Tätigkeit der Frauen

in der Sozialdemokratie erstattet

Zwei Hülft, München: Die sozialdemokratischen Männer sind theoretisch immer für die Freiheit der Entwicklung der Frau eingetreten, aber im tiefsten Innern hängen doch noch viele an dem alten Patriarchatsmonopol des Mannes in Staat und Familie. (Wielache Zustimmung.) Wir dürfen jedoch den Männern keine Vorwürfe mehr machen, nachdem wir das Werkzeug der Befreiung selbst in der Hand haben. Wie die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann, so die Befreiung der Frau nur das Werk der Frau selbst. (Beifall.)

Was ist nun in dieser Richtung von den wenigen Genossinnen gefordert, die in den deutschen Parlamenten gearbeitet haben? Der Frau ist die juristische Handlungsfähigkeit zugesprochen, aber nicht die Ehefrau. Sie wird beschränkt durch die

Hausherrschschaft des Mannes

die Übergewalt in Hausverantwortung und Mutterrecht. Die mütterliche Gewalt steht erst nach dem Tode oder der Verhinderung des Mannes. Das Vermögen der Frau wird gemeinsames Eigentum. Berufstätige und vermögenslose Frauen bleiben in so hohem wirtschaftlicher Abhängigkeit, daß ihre persönliche Selbständigkeit und ihre Wirtschaftsfähigkeit darunter leiden. Die prinzipielle Unabhängigkeit der Ehe bedeutet eine Heberhebung des Ideals, die nicht immer zum Rückgang führt. Wir fordern die Möglichkeit, die Ehe in höherer Eheform zu lösen, ohne daß die Ehepartner sich gegenseitig beschuldigen. Wir fordern für die halbtägige Revision des BGB, in der Ehe durchweg den Grundgedanken der Gleichberechtigung, im Ehegüterrecht die Gütertrennung.

Das uneheliche Kind

muss mit dem Vater verbunden und durch ihn finanziell weitgehend abgesichert werden. Auch die Verfassung verpflichtet den Schutz der Mutterkraft ohne alle Klauseln. Bei der Betrachtung des Familienrechts dürfen wir nicht übersehen, daß der Staat zunächst für kinderreiche Familien wirtschaftliche Funktionen der Familie übernimmt. Mutterrecht, Wohnungsreform, Bodenreform, Siedlungsreform sind für die Bevölkerungsbewahrung wichtiger als das Strafrecht.

Neubau des Versicherungswesens

nur das eine: Arbeitslose Frauen müssen das gleiche bekommen wie arbeitende Männer. Wenn man schon die Arbeit des Mannes als besonders qualifiziert ansieht, so begründen wir deshalb noch nicht, warum auch das Risikoarbeiten des Mannes eine besonders qualifizierte Leistung sein soll. (Große Beifall.) Im übrigen aber richten wir den ernststen Appell an alle Genossen, den gleichen Lohn für gleiche Arbeit endlich Wirklichkeit werden zu lassen. (Sehr gut.)

Die Frauen müssen aufsteigen von politischer Freiheit zur politischen Reife. Dann werden sie der Politik den Lauf zeigen. Reuand vor allem in den Beziehungen der Väter untereinander. Die Frauen müssen auch einen tiefen Wandel in der innerpolitischen Kultur herbringen. Zur Intelligenz des Volkes muß die Intelligenz des Bergens treten, um durch eine Politik der Güte eine neue Menschheit zu schaffen. Die höchste Forderung für die politische Tätigkeit der Frau ruft ich Ihnen zu: So wie die, daß man kann! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Hierauf tritt eine einstündige Mittagspause ein. Um 3 1/2 Uhr wird die Resolution angenommen. Auf Vorschlag aus der Versammlung wird beschlossen, das Referat des Genossen Dr. Caspari über

Wohlfahrts- und Jugendpflege

sofort anzuschließen, um sich in der Diskussion schon darauf beziehen zu können.

Genosse Caspari: Für uns ist die Wohlfahrtspflege die Summe aller derjenigen Bestrebungen, die das Wohlbefinden der Allgemeinheit durch Fürsorgemaßnahmen fördern. Hierzu ist es nötig, umfassende Einrichtungen zu schaffen, die der Gesamtheit zugute kommen. Nicht bloß krank Bevölkerungsteile müssen durch die Wohlfahrtspflege gehoben werden, sondern sie hat auch dem Ruf nach der Gesamtheit zu dienen, indem sie die Kranken Teile ebenfalls mit Bezug behandelt und versorgt. Damit ist verbunden, daß die Wohlfahrtspflege nicht erst einsetzt, wenn im Vorbeugen wie im Heilen. Bisher galt in Deutschland als Wohlfahrtspflege die

Krankenpflege

Wir müssen verlangen, daß alle bestehenden Bestrebungen von politischen und privaten Kreisen, die mit der Krankenpflege heute noch verbunden sind, verschwinden. Wir müssen weiter die Krankenpflege zu einem Rechtsanspruch auf Unterstützung umschaffen, den man im Wege eines geeigneten Verwaltungsverfahrens erlangen kann. Die Unterstützung der Jugend ist in die Hände der Jugendämter zu legen. Der Kernpunkt der Reform der Wohlfahrtspflege bildet die Übernahme der Krankenlasten auf das Reich, auf die Länder. Es geht unter keinen Umständen an, daß man den Kommunen ihre Einkommensquellen nimmt, ihnen aber die Krankenfürsorge

überläßt. Darunter leiden nicht bloß die Kommunen, sondern auch die Kranken.

In das Gebiet der Wohlfahrtspflege gehört die ganze

Krankheitsfürsorge und Gesundheitspflege. Auch die Volkshilfe gehört zur Wohlfahrtspflege. Weiter die ganze Rechtsausübungspflege und was sich damit anschließt. Wieviel Werte gehen dem Volke verloren durch unzulässige Herabsetzung der Rechte! (Sehr richtig!) Ich rechne weiter zum Gebiet der Wohlfahrtspflege, was auch die Erwerbslosenversicherung gehört.

Als letztem und schönstem Gebiet der Wohlfahrtspflege werde ich mich der

Jugendfürsorge

zu. Ein Gesetz für die Jugend muß die Jugendpflege und Jugendfürsorge umfassen und darf die Jugendbewegung nicht vergessen. Jugendpflege ist die Pflege der in jeder Beziehung gefährdeten Jugend, während sich die Jugendfürsorge der insgesamt anormalen Jugend zuwendet.

Ich bedaure, daß die Reichsverfassung das Recht des Kindes auf Erziehung nicht ausdrücklich ausgesprochen hat. Diesem Mangel muß durch das Jugendgesetz nachgeholfen werden. Die Entscheidung geht dahin, daß die Funktionen der Familie immer mehr abgelehrt werden von den Funktionen des Staates. Die Familie verliert in diesen Fällen. Das Kind hat einen Anspruch auf Erziehung, nicht dieser von der Familie nicht gewährt, dann muß der Staat eingreifen. Die öffentliche Jugendhilfe muß ein festes Gerüst unter sich haben, an dem unterer Stelle die Jugendämter stehen. Jeder Selbstverwaltungsbereich braucht ein eigenes Jugendamt. In die Jugendämter gehören Männer und Frauen der in der ersten Bedarfsstufe. Es muß in jeder deutschen Stadt eine Schwangerenfürsorge eingerichtet sein. In ihr Gebiet fallen Mutter- und Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. Wegen der unehelichen Mütter fordern wir die Erziehung von Mütterheimen.

Am schwersten ist die Fürsorge für die schulentlassene Jugend. Jugendheime, Bekämpfung der Schuldelinquenz sind einige der in Betracht kommenden Fragen. Die unehelichen Kinder müssen unmittelbar unter den Schutz des Staates gestellt werden. Die Einzelvormundschaft hat ungeheuerlich zugenommen. Die Vormundschaft ist für alle Kinder, auch die ehelichen, unbedingt nötig. Grundsätzlich bedarf die Fürsorgeerziehung.

Rum zum Jugendgerichtsgesetz. Erziehungsmassnahmen, die der Strafvorsorge bedürftig, werden immer als Strafe empfunden werden. Was wir brauchen, sind Erziehungsmassnahmen an der gesamten Jugend, nicht erst, wenn sie straffällig geworden ist. Darum fort mit dem ganzen Jugendgericht! Fort mit dem Jugendstrafrecht, her mit dem Jugendbesserungsrecht!

Rum zum

Kostenfrage

Da haben die Arbeiter im Hallesburger Reibler beschlossen, monatlich eine Ueberlicht für die Wohlfahrtsarbeiten zu veröffentlichen. Reibliche Bestrebungen sind in Sachsen, in Mecklenburg und Brandenburg im Gange. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es freilich wirklicher Sozialisten unter den Arbeitern. (Sehr gut.) Die Wahrung sozialer Rechte werden das nicht leisten. Unsere Frauen, unser Hauptvermögen für Arbeiterwohlstand muß bei diesem ganzen Wert bleiben und von den Arbeitern. Ortsvereine für Arbeiterwohlstand sind ihm überall anzuschließen. Doch hat jedes Experimentieren auf eigene Faust unbedingt zu unterbleiben. Diese Wohlfahrtsarbeiten tragen wir allein, weder mit den Bürgerlichen noch mit den Kommunisten zusammen; denn wir allein sind die Träger der sittlichen Idee des Sozialismus. Wir brauchen eine neue Wohlfahrtsreform, getragen von unsern Frauen, geleitet von unserm Geist. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Dem Verichte der Mandatsprüfungskommission folgt die

Debatte

über die drei Referate. Frau Oskar, Frankfurt a. M.: Die Agitation muß besonders Gewicht auf die Gewinnung der ledigen Frauen legen. Die Gesetzgebung muß in enger Fühlung mit den Frauen im Lande stehen.

Frau Schradin, Keutlingen: Die Frauen sind in der Agitation nur bei ihrer Mütterlichkeit zu fassen. Der Zwang zum Schwären muß fallen.

Frau Wils, Dortmund: Die Kleinrentigkeit der Männer gegenüber der Frauenbewegung steht in tristem Gegensatz zu der Theorie von ihrem größeren Gehirne. Fort mit den heimlichen Vorzügen der Parteigenossen! (Beifall.)

Schäfer, Hamburg, tritt für die Anstellung von Sekretarinnen in den Agitationsbezirken ein. — Suelle Käbler, Berlin: Die Hausangestellten müssen verkürzte Arbeitszeiten erhalten. — Suelle Käbler, Berlin: Solange ein unvollständiges Kinderschutzgesetz nicht vorliegt, ist eine Reform der Kindererziehungsgesetzgebung bringensweise erforderlich. Die Gleichheit sollte wünschenswert den Tagesstellungen beigelegt werden, aber sollte der Mitgliedsbeitrag der Frauen so erhöht werden, daß der Bezug der Gleichheit obligatorisch wird.

Die Diskussion über die Referate wird am Sonntag fortgesetzt.

Dr. Anapp, Hamburg: Die Reichstagsfraktion hat beifällig einen Antrag auf

Einseitigkeit der künstlichen Schwangerschaftsunterbrechung

eingebracht. Leider haben die Parteigenossen noch recht wenig dieser Stellung dazu genommen. Ich als Arzt halte es für unbedingt nötig, daß die Frauen alle gesetzlichen Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Neben der Sicherstellung treiflicher ärztlicher Behandlung muß den Frauen auch genügend wirtschaftliche Hilfe gewährt werden durch Erweiterung der Reichsversicherungsordnung in demselben Geiste, wie er bereits in dem Abänderungsgesetz betreffend Wöchnerinnenfürsorge zum Ausdruck kommt. Allen sozial hilfbedürftigen Frauen muß so die Möglichkeit gegeben werden, von den ihnen gegebenen Rechten ohne moralischen Schaden auch wirklich Gebrauch machen zu können. Das Körperverbot muß natürlich rückwirkend unterbunden werden. Die Festsetzung der Grenze der Schwangerschaftsunterbrechung muß unbedingt fallen, da dadurch neue Komplikationen möglich festgelegt würden. Diefelben Gründe, die für eine Frau bis zum dritten Monat ausschlaggebend sind, können auch in späteren Monaten eintreten. Hinweg mit allen gesetzlichen Hemmnissen. Der Verkehr mit der Empfängnis verhütenden Mitteln und die Aufklärungsarbeit darüber unter den Frauen dürfen nicht weiter durch strafrechtliche Bestimmungen gehindert werden. Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten muß geführt werden auf der Grundlage eines neuen Rechts. Darum ist die halbjährliche Verabschiedung des Gesetzesentwurfes über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dringend. (Beifall.)

Professor Raddach, Kiel: Ich halte den Antrag Anapp sachlich für nicht glücklich. Er bleibt hinter dem Antrag der Fraktion zurück, der auch die Straflosigkeit jener Frauen verlangt, die ohne Arzt abtreiben. Bewußt dürfen wir nicht die Straflosigkeit, aber die Frauen, die solchen Reuten in die Hände fallen, haben die Straflosigkeit am meisten nötig. Der Antrag Anapp geht anderswärts über unsere Forderungen hinaus, weil er die Unterbrechung bis in den Geburtsvorgang hinein straflos läßt. Das ist ganz undurchführbar. Eine Grenze muß auf alle Fälle gesetzt werden. Ob es drei oder vier Monate sein sollen, darüber allein kann man verhandeln. Der Antrag Anapp ist aber auch praktisch außerordentlich unklar. Wir müssen zuerst Straflosigkeit haben, dann erst brauchen wir uns mit den Schwierigkeiten der ärztlichen Ausbildung zu befassen. Unter Antrag ist auch gar nicht auf Freigabe der Abtreibung, sondern nur auf ihre Straflosigkeit geht. (Beifall.)

Es folgen die Schlussworte, dann werden die

Konträre

erleidet. — Der Antrag, daß die uneheliche Mutterkraft für Benachteiligung kein Entlassungsgrund und kein Hindernisgrund für Anstellungen sein darf, der Antrag, daß die Bestimmungen des Demobilisierungskommissars aufgehoben werden, auf Grund deren arbeitende Frauen entlassen werden, die Anträge auf allgemeinen Form des Rechts der ehelichen und unehelichen Kinder, auf sofortige Erteilung des Wählerrechts an die Frauen zu den Kaufmanns- und Gewerbebezirken sowie zur Angehörigenversicherung.

Streik der städtischen Betriebsarbeiter

Das Erscheinen der Zeitungen unterbunden

Die Arbeiter der städtischen Betriebe sind heute mittags überraschend in den Streik eingetreten. Infolgedessen mußte der Straßenbahnbetrieb eingestellt werden. Die Wagen blieben mehrere Stunden auf der Straße stehen. Jedoch soll mit Einwilligung der Streikleitung nachmittags der Strom für Kraftwerke eine Stunde freigegeben werden, um das Überprüfen der Straßenbahnwagen zu ermöglichen. In dieser Stunde soll auch versucht werden, unsere Zeitung zu drucken, was nur zum Teil erreicht werden wird.

Das weitere Erscheinen unserer Zeitung ist für so lange in Frage gestellt wie der Streik dauert.

Der Stadtrat veröffentlichte folgende Bekanntmachung zum Streik:

Infolge Ausstandes der städtischen Arbeiter ist die Versorgung der Bevölkerung mit Gas aus dem städtischen Gaswerken unterbrochen. Um Explosionen zu vermeiden, werden die Gasverbraucher angewiesen, sämtliche Röhren der Gasverbrauchsapparate geschlossen zu halten, damit ein Einströmen von Luft in das Gasrohr zu vermeiden wird. Der Zeitpunkt über die Wiederherstellung der ordnungsmäßigen Gasversorgung wird öffentlich bekanntgegeben, so daß es für den Abnehmer zwecklos ist, häufig zu probieren, ob der Gasdruck wieder vorhanden ist. Dresden, am 11. Oktober 1920.

Der Rat zu Dresden, Betriebsamt.

Genosse Steinhauser spricht den Frauen im Besonderen

Genosse Steinhauser spricht den Frauen im Besonderen. Er hat das herliche Gefühl der sozialdemokratischen Reichsfrauentagung. — Damit sind die Arbeiten der Konferenz erledigt. — Die Vorsitzende Frau Juchacz fordert die Delegierten auf, die Beratungen zum besten der Partei und des Sozialismus auszunutzen. (Beifall.) Hierauf wird die sozialdemokratische Reichsfrauentagung gegen 12 1/2 Uhr geschlossen.

Mord an Frau Admiral Scheer

Ein schweres Verbrechen ist am Sonnabend nachmittag in den vier Stunden an der Familie des in Weimar in der Waldstraße wohnenden Admirals Scheer begangen worden. Während die Gattin des Admirals sich mit dem Dienstmädchen und ihrer Tochter im Keller des Hauses befand, wurde Frau Scheer von einem gewissen Kühner, der hier als Dekorationsmaler wohnt, überfallen und mit Messerhieben niedergestreckt. Frau Scheer erhielt eine schwere Verletzung, an der sie auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Das Dienstmädchen war sofort tot und die Tochter des Admirals erhielt einen schweren Verstoß. Der Täter selbst hat sich am Tatort erschossen, nachdem er sein Gesicht vorher bis zur Unkenntlichkeit entstellt hatte. Der Admiral, der sich zur Zeit der Tat in der oberen Wohnung befand und arbeitete, begab sich auf den Hülfen seiner Tochter nach dem Keller, konnte aber nichts mehr zur Befreiung des Bewusstseins tun.

Ju dem Mord wird noch berichtet: Als die Schüsse fielen, floh ein zweiter Mann aus der Villa, dem man auf der Spur ist. Der im Keller aufgefundenen Mörder war für die Tat gut ausgerüstet. Er hatte das Gesicht mit Wädhern umwickelt, in der Tasche ein Messer und einen Beutel. Es ist noch nicht ermittelt, ob es sich um einen Raubmord handelt, da in der Villa nichts gestohlen ist.

Nach Zeitungsmeldungen ist die Tat von einem ehemaligen Marineoffizier verübt worden. Admiral Scheer ist davon überzeugt, daß er einem politischen Mordopfer zum Opfer fallen sollte. Die Festnahme der Tochter des Admirals war am Sonntagabend zufriedenstellend. Eine Operation hat sich nicht notwendig gemacht, weil die Wunde durchgeschossen wurde. Allerdings ist die Lunge verletzt.

Das Verleib des Reichspräsidenten

Berlin, 10. Oktober. Der Reichspräsident hat in Admiral Scheer, Weimar, folgenden Telegramm geschickt: Herzlichen Glückwunsch zu dem schweren Verlust Ihrer Frau Gemahlin, die Ihnen durch rühmliche Taten und den herrlichen Wunsch, Ihre Jahre von dem gleichen Anschlag betroffene Tochter Ihnen erhalten bleibt. geg. Reichspräsident Ebert.

Besprechungen mit Bayern

München, 9. Oktober. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz ist zu Besprechungen mit den bayerischen Regierungsräten gestern abend in München eingetroffen. Er hatte heute vormittag eine Audienz beim Reichspräsidenten, die von vollem, beiderseitigem Vertrauen getragen war. Einer eingehenden Besprechung über die wichtigsten Wirtschaftsfragen im Handelsministerium am Vormittag folgte am Nachmittag im Sitzungssaal der Handelskammer eine mehrstündige Audienz mit einem kleinen Kreise von Vertretern des gewerblichen Lebens aus Industrie, Handel und Handwerk, Vertretern des Städtebundes, der Verbrauchervereine sowie der beteiligten Ministerien. Diese Besprechung, in der die wichtigsten Fragen der Gütererzeugung, der Ausfuhr, der Preisgestaltung usw. nach ihrer grundsätzlichen Seite erörtert wurden, ergab eine erfreuliche Übereinstimmung der Ansichten des Reichswirtschaftsministeriums mit den Auffassungen und den Anregungen der bayerischen Regierung, die vom bayerischen Handelsminister Hammer vertreten wurden, und der genannten Berufsvereine. Insbesondere bestand volles Einverständnis darüber, daß die Bekämpfung der bayerischen Wirtschaft bei allen Maßnahmen des Reiches sorgfältig beachtet werden und daß statt übermäßiger Zentralisierung jede mögliche Freigabe des Wirtschaftslebens und eine gesunde Verteilung der Zuständigkeiten Platz greifen müßten. Die Besprechung der Rohstofffrage ergab insbesondere den unterschiedlichen Willen, die bereits weitgehend verbesserte Versorgung der bedrängten Wirtschaft, soweit irgend möglich, auch weiterhin erträglich zu gestalten und zu sichern.